Beschlossene Anträge der Delegiertenversammlung des Berliner Mietervereins 2026

Beschlossene Anträge	Beschluss im Wortlaut
Antrag 4: Forderung an den Gesetzgeber, Baugrundstücke nach Erbbaurecht vergeben	Der BMV setzt sich beim Berliner Senat dafür ein, dass Baugrundstücke im Land Berlin grundsätzlich im Wege des Erbbaurechts zur Bebauung vergeben werden. Das Grundstück bleibt dabei im Landesbesitz, soziale Aspekte können über die Höhe des Erbbauzinses (die nicht im Grundbuch eingetragen werden) variabel gehandhabt werden. Ausnahmen sind ausschließlich für gemeinwohlorientierte bzw. genossenschaftliche Träger möglich.
Antrag 5: Forderung an den Gesetzgeber, Eigenbedarfskündigung strenger zu regulieren	Der BMV setzt sich über den DMB beim Gesetzgeber dafür ein, dass bei Eigenbedarfskündigungen: 1. die Kündigung hinfällig wird, wenn bis zum Auszugstermin der Kündigungsgrund wegfällt 2. der Vermieter offenlegen muss, ob und welche weiteren Wohngrundstücke er besitzt und warum er gerade dieses Kündigungsobjekt ausgewählt hat.
Antrag 6: BMV erstellt Infoblatt/Handreichung zu intelligenten Rauchwarnmeldern	Der Berliner Mieterverein wird aufgefordert, eine Handreichung/Infoblatt zum Thema Einbau sogenannter intelligenter Rauchmelder (u.a. Multisensor Plus durch Vonovia/Deutsche Wohnen) zu erarbeiten und den interessierten und betroffenen Mieter*innen auf seiner Homepage bereitzustellen (Antrag 6).
Antrag 7: Forderung an den Gesetzgeber, Vorkaufsrecht von Mieter:innen stärken	Der BMV setzt sich beim Gesetzgeber dafür ein, dass der:die Mieter:in in jedem Verkaufsfall seiner:ihrer Wohnung ein Vorkaufsrecht erhält, das er:sie auch zu Gunsten Dritter (Familie/Freund:innen, städtische Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften, Wohnsyndikat etc.) ausüben kann. Das gilt auch bei Verkauf des gesamten Mietshauses.
Antrag 8: Forderung an den Gesetzgeber, Eigenbedarfskündigungen bei LWU-Mieter:innen zukünftig auszuschließen	Die Geschäftsstelle und der Vorstand werden beauftragt, den Senat aufzufordem, die landeseigenen Wohnungsunternehmen anzuweisen, 1 . allen jetzigen Mietern eine Zusatzvereinbarung zu ihren Mietverträgen anzubieten, in der eine Kündigung wegen Eigenbedarfs unwiderruflich ausgeschlossen wird, 2. in allen neuen Mietverträgen einen entsprechenden Passus aufzunehmen. Ferner sollen Wohnungen von privaten Bauherren nur noch mit öffentlichen Geldern gefördert werden, wenn in den Mietverträgen für diese Wohnungen der Verzicht auf Eigenbedarfskündigung vereinbart wird.
Antrag 9: BMV-Veranstaltung zum Thema „Strafrecht und Mietrecht“	Geschäftsführung und Vorstand werden aufgefordert, eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Mietrecht und Strafrecht“ zu organisieren mit dem

	Schwerpunkt darauf, inwiefern Mieter:innen sich gegen rechtswidrig handelnde Eigentümer ggf. auch mit Hilfe des Strafrechts wehren können.
Antrag 11: BMV-Infoblatt zum Thema Smarte Rauchwarnmelder	Der BMV erstellt ein rechtliches Infoblatt zum Thema „smarte Rauchwarnmeldern“.
Antrag 13: Forderung an den Gesetzgeber, Mieter:innenschutz in denkmalgeschützten Gebäuden verbessern	Der BMV setzt sich dafür ein, wie Verbesserungen in denkmalsgeschützten Gebäuden zugunsten der Mieter:innen erreicht werden können.
Antrag 14: Forderung an Gesetzgeber, Reform des Betriebskostenrechts und Unterstützung von Mieter:innen bei der Prüfung	Der BMV setzt sich beim Berliner Senat dafür ein, dass geeignete Strukturen aufgebaut werden, um Betriebskostenabrechnungen zu prüfen und Hinweisen von Mietenden auf besonders fehlerhafte Abrechnungen und strukturellen Fehlern großer Wohnungsunternehmen nachzugehen. BMV und DMB setzen sich darüber hinaus für eine Reform des Betriebskostenrechts ein.
Antrag 15: BMV-Veranstaltung zur AG Mietspiegel	Der BMV organisiert einen fachlichen Austausch unter Einbindung von Mieterinitiativen, wie Mietspiegel verbessert und eine Regulierung von Gewerbemieten erreicht werden kann. Dabei sollen u.a. Fragen diskutiert werden wie z.B. die Zusammensetzung der AG Mietspiegel.
Antrag 16: Beschlossene Anträge veröffentlichen und über Umsetzung berichten	Der Transparenz soll dadurch Rechnung getragen werden, dass zukünftig die auf der DV beschlossenen Anträge auf der Webseite veröffentlicht werden (erledigt am 8.6.2026). Geschäftsführung und Vorstand werden aufgefordert, über die Umsetzung der auf der DV abgestimmten Anträge im Beirat mindestens einmal im Jahr zum Jahresende zu berichten. Über wesentliche Entwicklungen ist auch unterjährig zu berichten. Diese Informationen in die Bezirksgruppen zu tragen ist Aufgabe der Bezirksleitungen. Über wesentliche Entwicklungen wird zudem auf der Webseite informiert und im MM darauf hingewiesen.
Antrag 18: Mitgliederkommunikation transparenter und vereinfacht gestalten	Vorstand und Geschäftsführung werden aufgefordert, eine Kommunikation der Delegierten und Bezirksaktiven, die sich untereinander vernetzen wollen zu ermöglichen. Dabei sind die Datenschutzgrundlagen zu beachten und dazu ein Verfahren zu entwickeln, dass für alle Mitglieder des Vereins transparent beschrieben wird. Dabei sind auch die Möglichkeiten von Signal/Telegramm/Whatsapp-Gruppen etc. zu prüfen.
Antrag 19: Expertise des Bündnisses gegen Vonovia & Co. als BMV nutzen	Vorstand und Geschäftsführung werden gebeten, die Expertise des Berliner Bündnis gegen Vonovia zu nutzen und mit deren Vertretern vor Gesprächen, Verhandlungen und Treffen mit der Vonovia SE den Austausch zu suchen. Der Beirat und das Bündnis werden über Gespräche mit Vonovia informiert. Wegen der Teilnahme an der AG Mietspiegel siehe Antrag 15.